

NACHRICHTEN

Lukaschenko entlässt Regierungschef Ling

MINSK: Der weissrussische Präsident Alexander Lukaschenko hat am Freitag überraschend Ministerpräsident Sergej Ling entlassen. Ling selbst habe den Präsidenten darum gebeten, meldete die Nachrichtenagentur Interfax. Als Nachfolger ernannte Lukaschenko den bisherigen Bürgermeister der Hauptstadt Minsk, Wladimir Jermoschin.

IKRK als Berater in Kolumbien

GENÈVE: Das IKRK wird bei den Friedensgesprächen in Kolumbien offiziell als Berater auftreten. Dies teilte IKRK-Präsident Jakob Kellenberger am Freitag nach einem Treffen mit einer Delegation aus Vertretern der kolumbianischen Regierung und der FARC-Guerilla in Genf mit. «Das IKRK wird die Parteien im Bereich des internationalen Völkerrechts und der Menschenrechte beraten», sagte Kellenberger gegenüber der Nachrichtenagentur sda. Er habe diesen Vorschlag bei seinem ersten Besuch als künftiger IKRK-Präsident im letzten Dezember in Kolumbien gemacht. «Beide Parteien haben ihn nun hier in Genf angenommen», betonte Kellenberger. Das IKRK werde für den Friedensdialog in Kolumbien Experten des humanitären Völkerrechts zur Verfügung stellen. Das IKRK bat beide Seiten, sich für eine friedliche Lösung der Besetzung des Büros der humanitären Organisation in der kolumbianischen Hauptstadt Bogotá einzusetzen. Das IKRK-Büro war am 4. Januar von vertriebenen Bauern besetzt worden. Die Gespräche mit der Regierung sind seit mehr als zwei Wochen blockiert. Zwei IKRK-Delegierte halten sich weiterhin im Büro auf. Die Besetzer beschuldigen die Regierung, die Vertriebenen im eigenen Land zu vernachlässigen. Der Leiter der kolumbianischen Regierungsdelegation, Victor Ricardo, erklärte, man hoffe, dass rasch eine friedliche Lösung der Besetzung des IKRK-Büros gefunden werde. Die Unterstützung des IKRK für den Friedensdialog bezeichnete Ricardo als «sehr wichtig».

Schüler-Demo gegen Haider in Wien

WIEN: Im Vorfeld einer Massenkundgebung mit vermutlich über 100 000 Teilnehmern sind am Freitag in Wien bereits mehrere tausend



Schüler gegen die neue rechtskonservative Regierung auf die Strasse gegangen. Die nach Polizeiangaben etwa 4000 Schüler zogen mit Spruchbändern wie «Widerstand» und «Hip-hop gegen Blau-Schwarz» – die Symbolfarben der neuen Koalition – durch die österreichische Hauptstadt. An der Protestkundgebung waren nach Angaben der Veranstalter Schüler von 60 Schulen beteiligt. Manche Lehranstalten hätten auf ihre Schüler Druck ausgeübt, nicht daran teilzunehmen, meldete die österreichische Nachrichtenagentur APA. An einer Schule seien die Jugendlichen sogar daran gehindert worden, das Gebäude zu verlassen, seien dann aber durch die Fenster geflohen. Die Schülerdemo war das Vorspiel für die grosse Anti-Haider-Kundgebung. Dazu erwarten die Veranstalter am Samstag bis zu 250 000 Gegner des neuen Bündnisses. Ein Grossaufgebot an Polizei soll verhindern, dass es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen kommt. Die österreichischen Sozialdemokraten (SPÖ) und die Grünen riefen zur Teilnahme auf. «Je grösser die Demonstration ist und je mehr Sozialdemokraten daran teilnehmen, desto deutlicher wird das Resultat sein, und umso sicherer können wir sein, dass sie gewaltfrei bleiben wird», sagte der designierte Chef der SPÖ, Alfred Gusenbauer.

Iraner an die Urne gerufen

Wahlbeteiligung bei über 75 Prozent: Mehrheit für Reformler erwartet

TEHERAN: Die Iranerinnen und Iraner haben am Freitag ein neues Parlament gewählt, das nach allgemeiner Erwartung das Reformlager stärken wird. Die Wahlbeteiligung lag nach Angaben des Innenministeriums bei über 75 Prozent.



Iranerinnen und Iraner beim Ausfüllen der Wahlzettel. Die Wahlbeteiligung war gestern unerwartet hoch.

Die Anhänger des Reformkurses rechneten mit einer Mehrheit in der Volksvertretung. Trotz des begrenzten Einflusses des Parlaments galt die Wahl als Gradmesser für das Tempo und das Ausmass der Liberalisierung, die Präsident Mohammed Chatami seit seinem Amtsantritt 1997 eingeleitet hat.

Zu dieser sechsten Parlamentswahl seit der islamischen Revolution 1979 waren 39 Millionen Iraner ab 16 Jahren aufgerufen. Mit 19 Millionen waren fast die Hälfte der Wahlberechtigten Frauen. Die Altersklasse der bis 25-Jährigen machte 25 Millionen aus. Besonders die jungen Männer und die Frauen drängen auf eine Liberalisierung.

Verlängerung der Öffnungszeiten

Die Beteiligung an dem ruhig verlaufenen Urnengang, bei dem etwa 500 Kandidatinnen und 4500 Kandidaten um die 290 Mandate des «Madschlis» (Parlament) konkurrierten, war äusserst lebhaft. Angesichts des Andrangs verlängerte das Innenministerium die Öffnungszeiten der Wahllokale um zwei auf insgesamt zwölf Stunden.

In der Hauptstadt Teheran waren lange Schlangen vor allem junger

Leute und von Erstwählern vor den Abstimmungslokalen zu sehen. Beobachter rechneten damit, dass die städtische Jugend mehrheitlich für mehr persönliche Freiheit und damit eine schnelle politische Liberalisierung stimmte.

Chatami sagte bei der Stimmabgabe, die hohe Beteiligung werde die Wahl zu einem «historischen Tag» für Iran machen. Zu seinem Konkurrenten im eigenen Lager könnte sein Bruder Mohammad-Reza Chatami werden, der für eine radikalere Liberalisierung eintritt als der Präsident.

Ihm und seiner Gruppierung, die sich «Partei der Kollektiven Zusammenarbeit» nennt, räumten Beobachter gute Wahlchancen ein. Da die Stimmen mit der Hand und nicht elektronisch ausgezählt werden, ist das Wahlergebnis nicht vor Freitag kommender Woche zu erwarten. Bereits an diesem Samstag könnten aber erste Trends bekannt werden.

Parteiübündnisse

Chatamis Anhänger setzen darauf, die Mehrheit der Konservativen zu brechen, die von Chamenei ange-

führt werden. Reformler und Konservative haben sich jeweils zu Parteiübündnissen zusammengeschlossen.

Wichtigste Reformgruppen sind die Chatami nahe stehende Islamische Iranische Beteiligungsfrente, die linke Liga militanter Geistlicher und die zentristische Gruppe Ausführende der Aufbaupartei. Sie versprachen im Wahlkampf soziale und politische Reformen. Auch konservative Politiker haben sich zu Veränderungen bereit erklärt. Zugleich warnen sie jedoch vor einer Verwässerung des islamischen Glaubens.

CDU wartet bis Ende März

Als Fraktionsführer wurde Friedrich Merz nominiert

BERLIN: Die deutschen Christdemokraten (CDU) wollen Ende März über ihren künftigen Parteichef beraten. Zuvor soll in Regionalkonferenzen bis zum 20. März die Meinung der Basis erkundet werden.

Als neuer Fraktionschef und damit Oppositionsführer wurde der Finanzpolitiker Friedrich Merz nomi-

nirt. Der 44-Jährige soll aber erst am 29. Februar gewählt werden. Damit setzte sich bayerische CDU-Schwes-terpartei Christlich Soziale Union (CSU) durch, die die Verschiebung gefordert hatte. Ursprünglich sollte die Abstimmung am kommenden Dienstag stattfinden.

Mit diesen Entscheidungen stellen die CDU/CSU-Parlaments-

fraktion sowie das CDU-Präsidium am Freitag erste Weichen für den angestrebten Neuanfang nach dem Abgang von Wolfgang Schäuble. Der CDU-Partei- und Fraktionschef hatte im Zusammenhang mit dem Finanzskandal der CDU am Mittwoch seinen Abschied aus beiden Führungsämtern angekündigt.

Für den Vorsitz der CDU-Bundespartei wurden neben Generalsekretärin Angela Merkel auch die früheren Minister Volker Rühe und Jürgen Rüttgers als mögliche Kandidaten genannt. Rühe bewirbt sich am 27. Februar in Schleswig-Holstein, Rüttgers am 14. Mai in Nordrhein-Westfalen um das Amt des regionalen Regierungschefs.

Amtsantritt von Stipe Mesic

Neuer kroatischer Präsident verspricht Demokratisierung

ZAGREB: Der neue kroatische Präsident Stipe Mesic hat am Freitag sein Amt angetreten. Er versprach dem In- und Ausland eine umfassende Demokratisierung.

«Wir wollen, dass Kroatien eine demokratische Gesellschaft wird», sagte der Zentrumspolitiker in Zagreb, nachdem er im Beisein von zahlreichen ausländischen Staatsgästen seinen Amtseid geleistet hatte. Zugleich betonte Mesic, dass die frühere jugoslawische Teilrepublik mit ihren Nachbarn im Frieden leben wolle.

Der 65-jährige Mesic war am 7. Februar zum Nachfolger von Franjo Tudjman gewählt worden, der Kroatien bis zu seinem Tod im Dezember mit harter Hand regiert hatte.

Über 70 ausländische Delegationen

Den Amtseid leistete Mesic auf dem Markusplatz in der historischen Altstadt von Zagreb. An der feierlichen Amtseinführung nahmen mehr als 70 internationale Delegationen teil. Die Schweiz wurde durch Paul Widmer, Botschafter in



US-Aussenministerin Madeleine Albright gratuliert dem Kroatischen Präsidenten Stipe Mesic. (Bild: Keystone)

Zagreb, vertreten, Deutschland durch Aussenminister Joschka Fischer und die USA durch Aussenministerin Madeleine Albright.

Mit dem grossen Aufgebot wollte die internationale Gemeinschaft ihre Unterstützung für demokratische Reformen in Kroatien demonstrieren. Die starke Beteiligung stand in kräftigem Gegensatz zur Beerdigung seines Vorgängers Tudjman im De-

zember, der das Ausland fast geschlossen fern geblieben war.

In seiner ersten Rede als neues Staatsoberhaupt verbürgte sich Mesic dafür, dass in Kroatien künftig die Menschenrechte, die Rechte der Minderheiten und die Pressefreiheit geachtet würden. Auf der Grundlage der Marktwirtschaft solle das Land zu einem «sozial verantwortlichen Staat» werden.

Le Pen klagt

STRASSBURG: Der Chef des rechtsradikalen französischen Front National (FN), Jean-Marie Le Pen, hat beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte Beschwerde gegen Frankreich eingeleitet. Le Pen wolle gegen den von Paris angekündigten Entzug seiner politischen Mandate vorgehen, teilte das Gericht mit. Demnach macht der 71-jährige Europaabgeordnete unter anderem einen Verstoß gegen Artikel sechs der Europäischen Menschenrechtskonvention geltend, der jedem Bürger das Recht auf einen fairen Prozess garantiert. Der Menschenrechtsgerichtshof will zunächst prüfen, ob die Klage zulässig ist. Dies werde vermutlich mehrere Monate dauern, sagte ein Gerichtssprecher. Der FN-Chef war wegen eines gewalttätigen Wahlkampfauftritts im Mai 1997 für die Dauer eines Jahres für unwählbar erklärt worden. Das Pariser Aussenministerium leitete daraufhin ein Verfahren zum Entzug seiner Mandate ein. Ausser im EU-Parlament hat Le Pen auch einen Sitz im Regionalparlament der südfranzösischen Region Provence-Alpes-Côte d'Azur zu verlieren.